

Heute unter anderem zu folgenden Themen: Angstwirtschaft; Rettungspaket über 2000 Mrd. Euro; Barroso: „Deutsche Wünsche sind naiv“; warum die Angst vor Inflation unbegründet ist; Schattenboxen in Berlin; die sozialen Ursachen der Krise; Triumph für Obama; arme Kunden unerwünscht; Rente mit 51; mit krimineller Energie (zurück) in die Atomkraft; Köhler: Wir kämpfen in Afghanistan auch für unsere Sicherheit; das große Löschen; Steinmeier für Koalition mit der FDP; Mauerbau von Düsseldorf; Bologna für die berufliche Bildung; in Großbritannien müssen 700.000 Beamte zittern; Vietnam revisited; deutsche Söldner für Bürgerkrieg in Somalia; Hyposwapversicherungsdigsbumse. (KR/ WL)

1. [Die Angstwirtschaft](#)
2. [Citigroup-Chefökonom fordert Rettungspaket über 2000 Mrd. Euro](#)
3. [Forget Greece: Europe's real problem is Germany](#)
4. [EU-Kommissionspräsident Barroso: „Deutsche Wünsche sind naiv“](#)
5. [Euro-Debatte: Warum die Angst vor Inflation unbegründet ist](#)
6. [Wir tun so, als ob wir die Spekulanten ärgern](#)
7. [Michael Hartmann: „Es geht um mehr als nur um Gier – Die sozialen Ursachen der Finanzkrise“](#)
8. [Senat billigt Finanzreform: Triumph für Obama](#)
9. [Bundesregierung: Offiziell registrierte Arbeitslosigkeit und offene Stellen](#)
10. [Arme Kunden unerwünscht](#)
11. [Althaus: Rente mit 51](#)
12. [Schwere Vorwürfe: Telekom feuert US-Gewerkschafter](#)
13. [Mit krimineller Energie \(zurück\) in die Atomkraft](#)
14. [Radioaktive Abfälle aus der Öl- und Gasindustrie](#)
15. [Köhler: Wir kämpfen in Afghanistan auch für unsere Sicherheit](#)
16. [ZDF-Programmchef schützt Lobbyisten](#)
17. [Das große Löschen](#)
18. [Steinmeier ruft FDP zu Gesprächen über Ampelkoalition in NRW auf](#)
19. [Der Mauerbau von Düsseldorf](#)
20. [Sparen an der Bildung – aber richtig](#)
21. [Bologna für die Berufliche Bildung](#)
22. [In Großbritannien müssen 700.000 Beamte um ihre Jobs zittern](#)
23. [Gerhard Hofmann: Vietnam revisited](#)
24. [Deutsche Söldner für Bürgerkrieg in Somalia](#)
25. [Zu guter Letzt: TOLL! Hyposwapversicherungsdigsbumse](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen

der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Die Angstwirtschaft**

An den Börsen grassiert eine neue Angst: Die drakonischen Sparprogramme in nahezu allen Industrieländern könnten den zarten Aufschwung der Weltwirtschaft abwürgen.

Quelle: [SZ](#)

2. **Citigroup-Chefökonom fordert Rettungspaket über 2000 Mrd. Euro**

Die Länder der Euro-Zone müssen nach Einschätzung von Volkswirten das Rettungspaket dringend vergrößern. Die Hilfen müssten von derzeit 750 auf 2000 Mrd. Euro aufgestockt werden, schrieb Willem Buiter, ehemaliger Gouverneur der Bank of England und aktuell Chefvolkswirt von Citigroup, in einer Studie.

Um wirksam spekulative Attacken abzuwehren, müsse man sich an das Diktum von Ex-US-Außenminister Colin Powell halten, führte Buiter aus: "Wenn man alles nach vorn wirft, muss man alle Kräfte mobilisieren." Seine Rechnung: Das gesamte europäische Budgetdefizit habe zuletzt 565 Mrd. Euro betragen.

Die ausstehenden Verbindlichkeiten der Euro-Länder lägen bei 7000 Mrd. Euro.

Unterstelle man eine durchschnittliche Laufzeit von sieben Jahren, würden jährlich 500 Mrd. Euro fällig. "Das ergibt einen Betrag von 1000 Mrd. Euro. Die 860 Mrd. Euro für die Euro-Zone und Griechenland würden also nur für ein Jahr reichen, wenn sich sämtliche Länder nicht mehr refinanzieren könnten", so Buiter.

Quelle: [FTD](#)

Anmerkung WL: So hätten es die Banker gerne: Um die Spekulation zu bekämpfen, schnüren die Länder Rettungspakete.

3. **Forget Greece: Europe's real problem is Germany**

At one end is a powerful and highly efficient industrial export engine that generates a large trade surplus with the rest of the world, including most other countries in the eurozone. Instead of spending this new export wealth on a higher standard of living, however, parsimonious Germans prefer to save it, handing it over to thinly capitalized German banks that have proved equally efficient in destroying said wealth by investing it in risky securities issued, not coincidentally, by trading partners that need the capital to finance their trade deficits with Germany. To prevent the collapse of those banks, German taxpayers are dragooned into using what remains of their hard-earned savings either to bail out their hapless banks or their profligate trading partners ... Unless Germans can find a way to share that prosperity, other countries may conclude that the price of membership to its club is just too high.

Quelle: [Washington Post](#)

4. **EU-Kommissionspräsident Barroso: „Deutsche Wünsche sind naiv“**

Barroso äußert sich im Gespräch mit der F.A.Z. skeptisch über Forderungen aus Berlin, den Stabilitätspakt zu verschärfen, um Haushaltssünder sanktionieren zu können. Die Regierung Merkel sei mitschuldig an der weitverbreiteten Ablehnung der Euro-Rettungspakete.

So sei es „verfassungsrechtlich fast unmöglich“ Haushaltssündern das Stimmrecht über die bereits bestehenden Möglichkeiten hinaus zu entziehen.

Auch Vertragsänderungen, wie die Bundesregierung sie will, lehnte er mit den Worten ab, es sei naiv zu glauben, dass dann nicht auch andere Staaten Änderungswünsche hätten. Aufgeschlossen zeigte er sich dagegen gegenüber der Idee, die Auszahlung von EU-Hilfen an die Haushaltsdisziplin zu koppeln.

Barroso kritisierte, dass die Bundesregierung anfangs den Eindruck erweckt habe, als wolle sie Griechenland gar nicht beistehen. „Ich wünsche mir von der deutschen Führung, ob in Regierung oder Opposition, ob im Bund oder in den Ländern, dass sie für Europa eintritt.“

Quelle: [FAZ](#)

5. **Euro-Debatte: Warum die Angst vor Inflation unbegründet ist**

Viele Finanzexperten warnen vor Inflation, dabei spricht derzeit nichts für eine schnellere Geldentwertung. Daran ändern auch die milliardenschweren Rettungsprogramme für Banken und Euro nichts. Im Gegenteil – Europa steht ein deutlich schlimmeres Szenario bevor: fallende Preise. Ein Gastkommentar von Gustav A. Horn

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

6. **Die Schattenboxer von Berlin**

Deutschland erklärt den Spekulanten den Krieg. Wirklich? Schaut man ins Kleingedruckte, entpuppt sich der Angriff auf die Spekulanten als reine Farce. Wenn man die bisherigen Finanzmarktregulierungen anschaut, die in Deutschland seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers umgesetzt wurden, fällt einem bestenfalls das Wort „Peanuts“ ein. Alle hehren Versprechen und Beteuerungen, das Finanzsystem zu zähmen, wurden bereits im Ansatz von Lobbyisten in- und außerhalb der Regierung jäh zunichte gemacht.

Waren die Finanzmarktregulierungen vor einer Woche Peanuts, so sind sie heute Peanuts mit Salz. Adressat dieses Aktes von Populismus war nicht die Finanzwelt, sondern das Volk, das endlich Taten sehen will. Ob die Taktik der Regierung aufgegangen ist, lässt sich noch nicht sagen. Noch lassen sich Volk und Medien vom Schattenboxen beeindrucken. Spätestens zum G-20-Gipfel in Toronto jedoch wird die Regierung allerdings in der Bringschuld stehen.

Quelle: [Telepolis](#)

7. **Michael Hartmann: „Es geht um mehr als nur um Gier - Die sozialen Ursachen der Finanzkrise“**

Wenn Politiker, Wirtschaftsvertreter oder Journalisten über die Finanz- und Wirtschaftskrise reden, so dominieren zwei Erklärungsmuster: die Gier und das System.

Was überhaupt nicht thematisiert wird, sind Interessen von bestimmten sozialen Gruppen. Mit Interessen ist in diesem Zusammenhang nicht das Interesse jener doch relativ überschaubaren Zahl von Bankern, die natürlich mit der Finanzspekulation viel Geld verdient haben, gemeint, sondern es sind die Interessen einer ungleich größeren Anzahl von Personen gemeint, und zwar jener oberen zwei bis drei Prozent der Bevölkerung, die man als wohlhabend oder gar als reich bezeichnen kann. Nur wenn man deren Interessen genauer betrachtet, kann man m. E. die Mechanismen und Ursachen der Finanzkrise hinreichend erklären.

Quelle: [SWR 2 \[PDF - 46 KB\]](#)

***Anmerkung WL:** Sicher ist es so, dass elitäre Herkunft auch häufig elitären Interessen politisch zum Durchbruch verhilft, hinzugekommen ist jedoch auch noch die politische Korruption der Eliten und die politische Fremdbestimmung durch die Finanzwirtschaft (siehe z.B. Privatisierung der Altersvorsorge). Nicht vergessen sollte man aber auch noch die kriminelle Energie, die sich im Casino versammelte.*

8. **Senat billigt Finanzreform: Triumph für Obama**

Der US-Senat hat den Weg für die wichtigste Reform des amerikanischen Finanzsektors seit Jahrzehnten frei gemacht. Die Zustimmung mit 59 gegen 39 Stimmen in der Nacht zum Freitag gilt als Durchbruch im monatelangen Ringen um eine Neuordnung des amerikanischen Bankensystems.

Mit der Reform ziehen die USA die Konsequenzen aus der schweren Finanzkrise vor zwei Jahren. Kernelemente sind die bessere Kontrolle hochspekulativer Geschäfte, ein Frühwarnsystem für systemische Risiken, ein geordnetes Verfahren zur Abwicklung angeschlagener Großbanken sowie die Schaffung einer Verbraucherschutzbehörde.

Quelle: [FR](#)

9. **Bundesregierung: Offiziell registrierte Arbeitslosigkeit und offene Stellen**

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion.

Quelle: [Deutscher Bundestag \[PDF - 86 KB\]](#)

***Anmerkung WL:** Für alle, die sich für Statistik interessieren.*

10. **Arme Kunden unerwünscht**

Eigentlich müssen Banken mittellosen Bürgern ein Konto anbieten. Sie winden sich aber mit Tricks aus dieser Pflicht heraus.

Schuld an dem Vorgang ist vermutlich ein neues Gesetz, das zum 1. Juli in Kraft tritt. Der Hintergrund: Wer Schulden hat und dessen Vermögen deshalb gepfändet wird, der hat es im Umgang mit seinem Girokonto oft schwer. Ist das Konto wegen der Pfändung gesperrt, kann er selbst über kleine Beträge für den Alltag nicht mehr verfügen.

Das scheint nun jedoch einigen Kreditinstituten übel aufzustoßen. Sie wollen sich nicht gerne dazu zwingen lassen, ein Konto zu führen. In Bankenkreisen ist zu hören, dass einige Institute nun überlegen, zusätzliche Gebühren für das Führen solcher Konten zu erheben. Oder Kunden, die nicht so zahlungskräftig sind, vorsorglich vorher zu kündigen.

Quelle: [SZ](#)

11. **Rente mit 51**

Im hoch verschuldeten Thüringen werden Ex-Minister besonders gut versorgt – das gilt auch für den früheren Regierungschef Althaus.

Es ist nicht unbedingt die Höhe der Ruhegehälter, die gerade wieder Aufsehen erregt. Vielmehr ist es der Zeitpunkt, zu dem sie fällig werden. Denn reif für die Rente ist ein Minister im Freistaat schon nach zehn Jahren im Amt. Scheidet er dann aus, bekommt er mindestens die Hälfte seiner Dienstbezüge als Sofortrente.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

12. **Schwere Vorwürfe: Telekom feuert US-Gewerkschafter**

CWA steht für "Communications Workers of America". Die Gewerkschaft würde gerne die amerikanischen Arbeitnehmer der Deutschen Telekom vertreten und wirft dem deutschen Konzern vor, dies mit allen Mitteln zu unterbinden. "Das Management schüchtert Leute ein. Wer auch nur Flyer verteilt, wird vom Hof verjagt", sagt CWA-Sprecherin Candice Johnson.

Nun sind die USA nicht gerade ein Land, in dem besonders viele Arbeitnehmer überhaupt in eine Gewerkschaft wollen. Doch aus CWA-Sicht gibt es besonders bei T-Mobile USA eine Notwendigkeit für eine starke Vertretung der Arbeitnehmer. "Das Unternehmen behandelt seine Leute schlechter als alle anderen internationalen Konzerne in der Branche", behauptet Johnson.

Die Vorwürfe der Gewerkschaften sind aus Sicht von Telekom-Personalvorstand Thomas Sattelberger komplett falsch.

Quelle: [FR](#)

13. **Mit krimineller Energie (zurück) in die Atomkraft**

Bei der Durchsetzung des Atomprogrammes existierte zwischen den Ex-

Regierungsparteien und der aktuellen Regierungskoalition ein ›nationaler Konsens‹, also weitgehendste Übereinstimmung. Um diese ›nationale Aufgabe‹ gegen eine große Mehrheit in der Bevölkerung durchzusetzen, bedienten sich alle Parteien rechtswidriger Praktiken, die die (zivile) Nutzung der Atomenergie für militärische Zwecke mit einschloss.

Wenn also der Ex-SPD-Umweltminister Gabriel mit Blick auf das Atomforum von ›Lug und Trug‹ spricht, dann weiß er, wie weit er damit gehen kann. Nicht viel weiter, eben. Denn die CSU-CDU-FDP-Regierung bräuchte nur in eine Schublade greifen, in der sich Dossiers befinden, die denselben kriminellen Umgang bei der Durchsetzung der Atomenergie aufseiten SPD geführter Regierungen beweisen würde. Im Folgenden geht es darum, einen Blick in diese Schublade zu werfen.

Es geht um unglaublich viel Geld: Die Verlängerung der Laufzeiten würde Milliarden von Euros – nicht nur – in die Taschen der Stromkonzerne spülen.

Quelle: [Spiegelfechter](#)

Anmerkung KR: Lesetipp – vor allem die Szene, wie ein Wissenschaftler vor laufender Kamera dabei ertappt wurde, eine Manipulation zu decken.

14. **Radioaktive Abfälle aus der Öl- und Gasindustrie**

Bei der Öl- und Gasförderung gelangen Schlämme aus der Unterwelt an die Erdoberfläche, die ein gefährliches Gepäck mit sich führen: Radioaktivität. Seit den 70ern ist das Problem der strahlenden Abfälle der deutschen Gas- und Ölindustrie bekannt. Bei Nachfragen nach konkreten Zahlen gibt man sich aber zugeknöpft. Mit jedem Barrel Öl und jedem Kubikmeter Gas fördern die Pumpen ungeahnte Mengen radioaktiver Abfälle an die Oberfläche: Schlämme, Abwässer und Ablagerungen versetzt mit Radium 226, Polonium 210 und anderen gefährlichen Stoffen.

Die Öffentlichkeit hat von deren Existenz bislang nichts gewusst, die Industrie hat sie verheimlicht, die Politik sie ignoriert. Eine gefährliche Mischung – in jeder Hinsicht.

Quelle: [DLF](#)

Anmerkung KR: Die Gefahren der weiten Verbreitung geringer Radioaktivität werden in Deutschland systematisch heruntergespielt. Mehr Aufmerksamkeit für dieses Thema würde die gesamte Infrastruktur der Atomindustrie erheblich verteuern und zu einer Neubewertung der Gefahren der Kernenergie zwingen.

15. **Köhler: Wir kämpfen in Afghanistan auch für unsere Sicherheit**

Der Bundespräsident sagte: "Wir brauchen einen politischen Diskurs in der Gesellschaft, wie es kommt, dass Respekt und Anerkennung zum Teil doch zu vermissen sind, obwohl die Soldaten so eine gute Arbeit machen."

"Meine Einschätzung", so Köhler, "ist aber, (...) dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel (...) auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren." Als Beispiel für diese Interessen nannte Köhler "freie Handelswege". Es gelte, "ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen" und sich somit negativ auf Handel, Arbeitsplätze und Einkommen auswirkten. All dies solle diskutiert werden: "Ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg."

Quelle: [DLF](#)

Anmerkung WL: Artikel 87a Grundgesetz:

(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.

(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.

Von einem Einsatz der Bundeswehr zur Wahrung „unserer Interessen“, zur Sicherstellung „freier Handelswege“ oder zur Verhinderung „regionaler Instabilitäten“, die „mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen“ und sich somit negativ auf Handel, Arbeitsplätze und Einkommen auswirken, ist im Grundgesetz an keiner Stelle die Rede.

Unser Staatsoberhaupt, das ja die Aufgabe hat, jedes Gesetz an Hand der Verfassung zu überprüfen, kümmert sich offenbar bei Bundeswehreinsätzen nicht um die Vorgaben des Grundgesetzes. Die Bundeswehr wird von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee.

Es ist schon höchst erstaunlich, dass diese nunmehr offizielle Militärdoktrin kommentarlos zur [Kenntnis genommen wird](#). Das weltpolitische (imperiale) Denken in Kategorien militärischer Interventionen ist offenbar schon allgemeine veröffentlichte Meinung.

Irritationen bei der Veröffentlichung des Interviews:

Wenn Sie den angegebenen Link zum Interview anklicken, werden Sie in der

Transkription diese Passagen nicht wieder finden. Auf dem [Tondokument \[MP3\]](#) gibt es diese (bis jetzt) noch.

Die Nachrichtenfassung lautete wie [folgend](#):

Samstag, 22. Mai 2010 12:00 Uhr

Köhler fordert mehr Respekt für deutsche Soldaten in Afghanistan

Den deutschen Soldaten in Afghanistan sollte nach den Worten von Bundespräsident Köhler mit mehr Respekt begegnet werden. Die Bundeswehr leiste dort Großartiges unter schwierigsten Bedingungen, sagte Köhler im Deutschlandradio Kultur nach einem Besuch im Feldlager Masar-i-Scharif. Es sei in Ordnung, wenn kritisch über den Einsatz diskutiert werde. Allerdings müsse Deutschland mit seiner Außenhandelsabhängigkeit zur Wahrung seiner Interessen im Zweifel auch zu militärischen Mitteln greifen. Als Beispiel für diese Interessen nannte Köhler 'freie Handelswege'. Es gelte, Zitat 'ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auf unsere Chancen zurückschlagen' und sich somit negativ auf Handel und Arbeitsplätze auswirkten. Köhler hatte auf der Rückreise von China einen Zwischenstopp in Afghanistan eingelegt.

Wenn man bei [dradio.de](#) nach dem Begriff "[freie Handelswege](#)" aus dem Interview [sucht](#), taucht das Interview zwar mit dem entsprechenden Textauszug auf, im danach [zugänglichen Text](#) sind die Stellen aber nicht mehr vorhanden.

Hier deshalb nochmals die Dokumentation der ursprünglichen Fassungen:

The screenshot shows a web browser window with the title "Köhler fordert mehr Respekt für deutsche Soldaten in Afghanistan - dradio.de - Mozilla Firefox". The address bar displays the URL "http://www.dradio.de/nachrichten/201005221100/2". The website layout includes a top navigation bar with links for "Hilfe | Suche | Sitemap | Kontakt | Presse". Below this, there's a search bar and a "Suchen" button. The main content area features a news article titled "Köhler fordert mehr Respekt für deutsche Soldaten in Afghanistan" dated "Samstag, 22. Mai 2010 11:00 Uhr". The article text discusses German soldiers in Afghanistan and President Köhler's expectations. A sidebar on the left lists various categories like "Politik", "Wirtschaft", "Wissenschaft", etc. A sidebar on the right contains "LINKS" and "JETZT IM RADIO" sections.

[Zur Vergrößerung klicken ...](#)

Und dazu ein Pressebericht auf [PR-Inside.com](#):

PR-inside.com
News and Free PR

- [Pressemitteilung veröffentlichen](#)
- [Registrieren](#)
- [Kategorien](#)
- [Nachrichten abonnieren](#)
- [PR inside weiterempfehlen](#)
- [PR-Tipps](#)
- [Sport](#)
- [HelloArticle](#)
- [PR-inside Special Pages](#)
- [Webvisitenkarte](#)

Mit unserem RSS-Feed sind Sie immer auf dem neusten Stand
RSS

[Mehr Informationen](#)

Politik

«Wir brauchen einen politischen Diskurs in der Gesellschaft»

Köhler fordert mehr Respekt für deutsche Soldaten in Afghanistan



Köhler fordert mehr Respekt für deutsche Soldaten in Afghanistan @ddp

(PR-inside.com 22.05.2010 08:21:04) - Nach seinem Besuch im Feldlager Masar-i-Sharif hat Bundespräsident Horst Köhler mehr Respekt für die deutschen Soldaten in Afghanistan gefordert. «Wir brauchen einen politischen Diskurs in der Gesellschaft, wie es kommt, dass Respekt und Anerkennung zum Teil doch zu vermissen sind, obwohl die Soldaten so eine gute Arbeit machen», sagte Köhler am Samstag im Deutschlandradio Kultur.

Berlin (ddp). Nach seinem Besuch im Feldlager Masar-i-Sharif hat Bundespräsident Horst Köhler mehr Respekt für die deutschen Soldaten in Afghanistan gefordert.

Ausdrucken
Per e-Mail empfehlen

«Wir brauchen einen politischen Diskurs in der Gesellschaft, wie es kommt, dass Respekt und Anerkennung zum Teil doch zu vermissen sind, obwohl die Soldaten so eine gute Arbeit machen», sagte Köhler am Samstag im Deutschlandradio Kultur. Den Bundeswehr-Soldaten solle Respekt und Anerkennung gezollt werden «für das, was sie leisten, denn sie leisten wirklich Großartiges unter schwierigsten Bedingungen.» Das habe er mit seinem Besuch auch zum Ausdruck bringen wollen. Es sei in Ordnung, wenn in Deutschland kritisch über den Einsatz der Bundeswehr diskutiert werde. Ein Land «unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit» müsse aber zur Wahrung seiner Interessen «im Zweifel» auch zu militärischen Mitteln greifen. Es gelte, «ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen» und sich somit negativ auf Handel, Arbeitsplätze und Einkommen auswirkten. Der Bundespräsident sagte, es werde auch künftig Todesfälle unter Soldaten und zivilen Aufbauhelfern geben. «Das ist die Realität unseres Lebens heute.» Es sei unvermeidlich, dieser Realität ins Auge zu blicken. «Deshalb halte ich es auch nach der Diskussion über den Begriff 'Krieg' oder 'kriegsähnlichen Zustand' oder 'bewaffneter Konflikt' für ganz normal, wenn die Soldaten in Afghanistan von Krieg sprechen, und ich habe es auch für normal gehalten, dass ich auch im Gespräch mit ihnen dann nicht eine verkünstelte andere Formulierung gewählt habe.» ddp

Erklärung: Das Copyright für sämtliche Nachrichten und Bilder, die mit ddp gekennzeichnet sind und auf PR-inside.com publiziert werden, obliegt der Nachrichtenagentur ddp Deutscher Depeschendienst GmbH. Wenn Sie Fragen zu den veröffentlichten Meldungen haben, kontaktieren Sie bitte ddp.